

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 3 (1984)
Heft: 3: Atomkraft/Waldsterben

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Ein Blick in die Abstimmungslandschaft

Es war zu erwarten: Der Abstimmungskampf um die Atom- und Energieinitiativen wird mit grosser Erbitterung geführt. Verkettung der Befürworter als Systemveränderer, sprachliche Ausrutscher aller Art, aber auch eine Flut von unbewiesenen und unwahren Behauptungen, ausgestreut von den Gegnern der Initiative, die ans Phantastische grenzen. Am 23. September geht es in aller erster Linie darum, ob die Schweiz in der Lage ist, sich auf eine Zukunft vorzubereiten, die nicht auf dem bisherigen Weg der Verschwendung, Grossmannssucht und Phantasielosigkeit weiterführt. Die Gegner der Initiative, und das ist beinahe die ganze Schweizer Wirtschaft bis hin zu den Grossbauern, sparen nicht mit Mitteln aller Art, diese Auseinandersetzung um jeden, aber wirklich jeden Preis zu gewinnen. Ihnen gegenüber stehen alle grossen Umweltorganisationen, zahlreiche Parteien und Gruppierungen aller Art. Zweifellos ist dies eine der spannendsten Abstimmungen seit vielen Jahren. Im folgenden machen wir einen kleinen Tour d'horizon innerhalb der Abstimmungslandschaft.

Jahrelang hat sich die Atomlobby darüber beklagt, dass die Politiker sich nicht genügend für ihre Sache einsetzen. Das war vor den Wahlen. Jetzt aber sind sie voll eingestiegen. Der Zürcher SVP-Ständerat z.B. behauptet unverfroren weiterhin, dass die Energieinitiative Steuereinnahmen in Milliardenhöhe pro Jahr auslöst, da ein Steuersatz von zehn bis zu 100 Prozent vorgeschlagen sei. In Wirklichkeit, und das weiss Herr Stucki natürlich, schlägt die Initiative gar keinen Prozentsatz vor, sondern überlässt das dem Parlament.

Es war im Jahre 1980. Da ging an die Mitglieder des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreich ein Schreiben im Zusammenhang mit der Koordination der «Kernenergiecampagne». Man hatte sich mit den Funktionären des Österreichischen Atomforums getroffen und sich gegenseitig das Herz ausgeschüttet. Denn auch in Österreich sollte das AKW

Zwentendorf ja irgendwann einmal laufen, auch wenn das Volk sich dagegen ausgesprochen hatte. Unter Punkt 4 des Schreibens steht schwarz auf weiss, wieviel die Schweizer Wirtschaft, das heisst vornehmlich natürlich die Elektrowirtschaft, für die Kampagne zur Atominitiative I an Propagandageldern hat fliessen lassen:

sieben bis acht Millionen Franken. Das Österreichische Atomforum, eine Schwesterorganisation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), die offiziell auch Österreich mit Publikationen und Tagungen betreut, muss es ja wissen. Nur Herr Jörg Bucher weiss es nicht. Und damals war die Kampagne geradezu bescheiden, wenn man sie mit dem vergleicht, was in den letzten Jahren und Monaten – auf Kosten der Strombezügler – ausgegeben wurde.

Phantastisches behauptet auch der Präsident des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) an einer Pressekonferenz in Mühleberg. Auf die Frage eines Journalisten, nach dem Budget der Elektrowirtschaft für die Abstimmung, meinte VSE-Präsident Jörg Bucher, es sei nichts budgetiert, denn es sei Sache der Parteien, für die Finanzen zu sorgen. Er ertete Heiterkeit.

Kompagnieweise wurden im Juli Soldaten zur Besichtigung in das Atomkraftwerk Gösgen gebracht. Freiwillig versteht sich, und wer nicht freiwillig mitfahren wollte, musste Wache schieben. Freiwillig natürlich.

«Die Atom- und Energieinitiative aus der Sicht der Kantone», heisst eine Broschüre, die der Neuenburger Ständerat André Brandt im Auftrag des Energieforums geschrieben und als Rede an der Generalversammlung dieses Vereins gehalten hat. Er spricht sich souverän namens der Schweizer Kantone gegen diese beiden Initiativen aus, wohlwissend, dass es Kantone gibt, die ausgesprochen anderer Meinung sind. Aber das kümmert ihn nicht, Hauptsache die Propaganda wird irgendwie wirksam.

Der Journalist Franz Auf der Maur reist im Dienst der Atomwirtschaft in der Welt herum. Treuherzig bietet er dann den Redaktionen seine Artikelchen an.

Zum Beispiel «Von Goethe zur Nagra». Die Redaktionen werden aufgeklärt, dass es sich hier um einen «feuilletonistisch gefärbten Beitrag» zu einem aktuellen Thema handle. Ein anderer Artikel wird den geschätzten Kolleginnen und Kollegen als «Atomreise» verkauft, die der wackere Journalist auf Kosten der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) gemacht hat. Der Artikel bzw. die technischen Facts seien «von der SVA überprüft» worden... Dann kann ja nichts mehr schiefgehen...

Und wenn wir schon bei den Medien sind, so ist da am 8. März ebenfalls eine hübsche kleine Geschichte passiert. Da trafen sich nämlich die Spitzen der Elektrizitätswerke, das heisst die VSE-Funktionäre mit Herrn Leo Schürmann, Generaldirektor bei der SRG. An höchster Stelle haben die Elektromänner kundgetan, wie sie sich die Abstimmungskampagne an den elektronischen Medien vorstellen. Die Liste ist recht präzise. Zwar sind es natürlich «nur» Anregungen. Doch ist die Démarche verständlich: Dieses Mal wird nichts dem Zufall überlassen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass das Resultat so knapp wird, wie bei der Abstimmung über die Atominitiative I. Zumal vielleicht die 15 Prozent, die das letzte Mal falsch gestimmt haben, dieses Mal ja richtig stimmen könnten. Es wurde an dieser Sitzung, laut einer Aktennotiz, von der wir Kenntnis erhielten, alle Sendungen durchbesprochen, welche sich mit der Energiewirtschaft befassen. Die Elektrizitätswirtschaft erwartet im Hinblick auf die Abstimmungskampagne enge Kontakte mit allen Medienverantwortlichen bei der SRG und mit deren Programmgestalter. Sie stellt auch Referenten und Diskussionsteilnehmer zur Verfügung. Auch wollen die Elektrogewaltigen zum voraus wissen, in welchen Sendegeräten die Initiativen abgehandelt werden. Auch wie die Diskussionsrunden zusammengesetzt sein sollten, wird in der Aktennotiz festgehalten.

Auch das Schweizerische Gastgewerbe wurde angesprochen. Alle Wirte landauf, landab können beim Schweizerischen Wirteverband gratis Tischsets bestellen, die in der Woche vor der Abstimmung aufgelegt werden. Darauf kann der Gast dann lesen, was er am Wochenende ab-

stimmen muss, wenn er weiter bedient werden will: denn zum Kochen braucht es Energie. Eine unwahrscheinlich neue Erkenntnis... Wer diesen Aufwand finanziert, war an der Zürcher Gotthardstrasse nicht im Detail zu erfahren: «Wir können nicht sagen, wie der Finanzschlüssel genau aussieht.» Wir können es uns aber auch so vorstellen.

*

Unter anderem geht es bei der Abstimmung auch um die Zukunft von Kaiser-augst, dem Atomkraftwerk oder der Gemeinde, je nach Standpunkt. Dass auch noch Graben auf dem Programm steht, wird zurzeit fast vergessen. Das aber hindert die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie nicht daran, zu verkünden, dass auch das Atomkraftwerk Verbois notwendig ist. Heisst es doch in den «Kernpunkten» allen Ernstes: «Wenn die Hochspannungsleitung vom KKW Mühleberg nach Verbois und das Kernkraftwerk Verbois nicht endlich gebaut werden können, ist ein Zusammenbruch der Elektrizitätsversorgung in Genf und im Einzugsgebiet des Genfersees nicht auszuschliessen.»

*

Dramatisch eine andere Bemerkung in der gleichen Publikation: Als «Todesstoss für den Wald» wird die Atominitiative bezeichnet. Das ist nicht nur faustdick gelogen, es ist auch dumm, aber in diesen Kreisen üblich, denn ein anderer Elektromann, beschäftigt bei der Ingenieur- und Kraftwerksfirma Motor Columbus, fragte an einer SVA-Tagung, «ob die Kernenergiegegner nicht eigentlich «verkappte Waldsadisten» seien. Am gleichen Anlass musste er jedoch zugeben, dass weitere Atomkraftwerke keinen einzigen Baum retten würden. Der Wald stirbt nämlich schneller, als ein AKW gebaut wird. Und abgesehen davon haben die bestehenden Atomkraftwerke bisher das Waldsterben auch nicht verhindern können, nirgendwo. Sowenig wie sie Arbeitsplätze erhalten konnten: das AKW-gesegnete Frankreich hat die höchste Arbeitslosenrate von Westeuropa.

*

Apropos Frankreich: Jetzt bekommt die Schweiz auf dem internationalen Strommarkt ernsthaft Konkurrenz: Eben hat die Energieversorgung Schwaben (EVS) mit der Electricité de France einen Vertrag über Stromlieferung abgeschlossen, der später verlängert werden soll bis in die 90er Jahre. Dazu EVS-Sprecher Peter Heiniger: «Grundlaststrom aus Frankreich kann für uns eine hochwillkommene Ergänzung unserer bisher vorwiegend aus Österreich und der Schweiz orientierten Auslandbezüge sein.» Leibstadt lässt über den Rhein grüssen... Das Land Baden-Württemberg aber wird sich auf diese Weise wohl den Bau des am Rhein ebenfalls gelegenen AKW Wühl sparen.

Fortsetzung von Seite 5



nehm Public-Relations-Experten genannt – manipuliert werden. Millionen-schwere Reklame-Budgets machen's möglich...

Ach Herr Ständerat!

Es gehört zu den politischen Gepflogenheiten des Kantons Aargau, dass jeweiligen mindestens einer der Herren Ständeräte als Mitarbeiter oder Verwaltungsrat besonders enge Beziehungen zum BBC-Konzern, der grössten Unternehmung des Standes Aargau, unterhält. Zurzeit erfüllt Ständerat Hans Letsch, Verwaltungsrat BBC, diese Aufgabe beinahe zu perfekt, um politisch überzeugend zu wirken. Sicherlich, ein heller Kopf, ein tüchtiger Mann mit eindeutiger Haltung, der in der Wirtschaftspolitik von allen bürokratischen Einschränkungen unbelastete «freie Unternehmungen» fordert. Darüber kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein, wenn uns auch die Erfahrung lehrt, dass spätkapitalistisches Laisser-faire weder dem einfachen Volk noch dem Umweltschutz hilft. Item – doch Ständerat Letsch fühlt sich verpflichtet, im rechthaberischen Tonfall der Gegner der Atom- und Energieinitiativen in die energiepolitische Diskussion einzugreifen. Er stellt in der Presse die rhetorische Frage «Systemveränderung statt Energiepolitik?» – und gibt auch gleich die von ihm erwartete Antwort: «Von der Sache her schiessen beide Initiativen über das Ziel hinaus. Vieles deutet darauf hin, dass es den Initianten, insbesondere jenen gegen weitere Atomkraftwerke, weniger um die Sache als vielmehr um gesellschaftliche und wirtschaftliche Systemveränderung geht.» «Diese Behauptung», verehrter Herr Professor, «die glauben Sie doch selber nicht!» Statt die Befürworter eines spar-

samen Energieverbrauches, die Naturfreunde und Umweltschützer aus allen Volkskreisen anzuschwärzen, müsste eigentlich ein Politiker ihres Formates gelegentlich einen Blick in das Statistische Jahrbuch tun: In unserer Jugend, verehrter Herr Ständerat, war jeder Dritte ein Selbständig-Erwerbender, heute noch jeder Zehnte, jeder vierte Schweizer ein Bauer, heute jeder Siebzehnte, die Zahl der bodenlosen Mieter ist auf über siebenzig Prozent angewachsen, der Kampf der Grossverteiler gegen den Detailhandel hat härteste Formen angenommen, im Bereich der Grosstechnologie widersetzen sich die Mächtigen eigensüchtig der Durchführung alternativer Konzepte. Warum bezeichnen Sie jene, die den Ritt auf dem Tiger unserer Verschwendungsgesellschaft nicht mehr mitmachen wollen und damit als **Bewahrer** unseres kleinräumigen Landes und der überlieferten Freiheitsrechte wirken, als «Systemveränderer»? Dabei wird hierzuland dieses Wort mit dem Odium des Unschweizerischen, des Chaotischen, des Revolutionären behaftet. –

Lassen wir uns nicht entmutigen. Denn – darin erkenne ich den **vierten Erfolg** unserer Initiative – Verleugnungen haben kurze Beine und längerfristig **werden sich unsere Ideen durchsetzen**. Die nächste Generation will leben. Darum ein

Ja

für Volk und Land, die sich aus den «Sachzwängen» der Umweltzerstörung befreien und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Schöpfung bewusst sind, ein zweifaches

Ja

den Volksinitiativen für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung

und

für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke.

Werner Geissberger

